№ 15. **Provinzial-Correspondenz.** 8. April 1868.

Sechster Jahrgang.

Die Beamten in den neuen Provinzen.

In den jüngsten Wochen sind zum größten Theil die endgültigen Ernennungen der Beamten für die Kreisverwaltung der neuen Provinzen erfolgt.

Diese Ernennungen haben insofern eine besondere politische Wichtigkeit, weil es sich dabei um diejenigen Aemter handelt, welche überall in nächster unmittelbarer Berührung mit der Bevölkerung stehen, deren Verwaltung daher einen erheblichen Einfluß auf den Geist derselben zu üben vermag.

Aus der Art, wie die Besetzung der Kreisämter jüngst erfolgt ist, läßt sich erkennen, daß die Regierung von einem festen und zuversichtlichsten Vertrauen in Bezug auf den Geist der Bevölkerung in den neuen Provinzen erfüllt ist.

Die Regierung hat in sämmtlichen neuen Landestheilen zu jenen Aemtern, welche der Bevölkerung vorzugsweise nahe stehen, bisherige Beamte aus den betreffenden Provinzen selbst ernannt: wie in Kurhessen zum größten Theile die früheren Landräthe dauernd ernannt sind (und wie es in Nassau in Betreff der früheren Amtmänner unverweilt erfolgen dürfte), so sind in Hannover in weit überwiegender Zahl vormalige hannoversche Amtmänner zu Amtshauptmännern und Kreishauptmännern, in Schleswig-Holstein fast ausschließlich dortige Beamte zu Landräthen und Vögten berufen.

Man wird hierin eine sehr große Rücksichtnahme nicht verkennen.

Die Verschmelzung der alten und neuen Landestheile wird im Allgemeinen gewiß auch dadurch zu befördern sein, daß altpreußische Beamte in größerer Zahl zu Aemtern in den neuen Provinzen berufen und umgekehrt Beamte aus den neuen Provinzen in gleichem Verhältnisse den Behörden in den alten Provinzen zugetheilt werden.

In unserer bisherigen Monarchie galt es stets als selbstverständlich, daß Beamte aus einer Provinz nach den Erfordernissen des öffentlichen Dienstes in andere Provinzen versetzt werden, und Niemand findet darin eine Härte. Der gemeinsame Geist aller Provinzen ist durch diese Einheit des Beamtenthums wesentlich gefördert worden.

Die Regierung wird nicht unterlassen dürfen, einen gleichen Austausch auch in Bezug auf die jetzt hinzugekommenen Landestheile eintreten zu lassen, um die gegenseitige Verständigung und Ausgleichung der Auffassungen möglichst zu erleichtern. Auf dem Gebiete der höheren Verwaltung zumal, in den Bezirks- und Provinzialbehörden wird hierzu reiche Gelegenheit sein, und man darf bestimmt annehmen, daß auf diesem Gebiete auch eine billige Ausgleichung für die persönlichen Interessen der Beamten der neuen Provinzen eintreten werde.

Wenn auf dem Gebiete der Kreisverwaltung die bisherigen Beamten größtentheils in den betreffenden Provinzen belassen worden sind, so ist hierbei eine schonende Rücksicht nicht blos für die Beamten selbst, sondern zugleich für die Bevölkerung geübt worden. Für die Eingesessenen eines kleinen Verwaltungsbezirks ist es, besonders in einer Zeit mannigfacher Neugestaltungen, von großem Werth, daß die nächste Verwaltung sich in den Händen von Männern befinde, welche die Verhältnisse des Bezirks aus langer Erfahrung kennen und denen bereits persönliches Vertrauen entgegenkommt. Die bisherigen Beamten aber, namentlich die älteren unter denselben, welchen die Möglichkeit einer Berufung nach entfernten Gegenden und in völlig andere Verhältnisse bisher fern gelegen hatte, würden durch eine plötzliche Versetzung theilweise empfindlich berührt worden sein.

So sehr aber die Regierung geneigt sein mochte, diese Verhältnisse zu berücksichtigen, so hätte sie doch danach nicht handeln können, wenn sie nicht volles Vertrauen zu der Zuverlässigkeit und treuen Pflichterfüllung der betreffenden Beamten, so wie zur Bevölkerung jener Landestheile zu hegen berechtigt wäre. Hätte die Regierung Grund zu Besorgnissen in Betreff des Geistes der Bevölkerung in den neuen Provinzen oder in Bezug auf den redlichen Willen der dortigen Beamten, so wäre sie unbedingt genöthigt gewesen, Männer von erprobter Hingebung aus den älteren Provinzen in größerer Zahl dorthin zu berufen, um sich in den wichtigen Aemtern, welche einen unmittelbaren Verkehr mit der Bevölkerung bedingen, eine bereitwillige Unterstützung zu sichern. Wenn die Regierung dagegen auf Grund ihrer bisherigen Wahrnehmungen es für angemessen erkannte, in die Stellen der Landräthe, Kreishauptleute, Amtshauptleute, Amtmänner, Kirchspielvögte und Hardesvögte fast durchweg eingeborene Beamte zu berufen, so ist hierin der vollgültige Beweis dafür zu finden, daß sie volles Vertrauen in Bezug auf die Zustände in den neuen Provinzen hegt.

Es ist gewiß ein bedeutsames politisches Anzeichen, daß bei der Besetzung von 100 wichtigen Stellen der Kreisverwaltung in Hannover außer einigen bald nach der Besitzergreifung dort angestellten Beamten jetzt ein einziger altpreußischer Beamter neu hinberufen ist, daß eben so in Schleswig-Holstein nur ein einziges Landrathsamt mit einem Altpreußen (der überdies schon seit Jahr und Tag in der Verwaltung von Schleswig thätig war) besetzt worden ist, zu Hardes- und Kirchspielsvögten aber durchweg nur Schleswig-Holsteiner ernannt sind.

Diese Thatsachen sind wohl geeignet, manche Täuschungen über die Lage der Dinge in den neuen Provinzen, wie sie hier und da noch bestehen mögen, zu zerstreuen.

Die Bevölkerung der betreffenden Landestheile aber wird in dem ihr bewiesenen Vertrauen eine neue Aufmunterung finden, sich dem neuen Staatsverbande immer zuversichtlicher und fester anzuschließen.

Nothstandsbericht.

Aus Königsberg.

Seit dem letzten Bericht hat sich die Sachlage im Allgemeinen insofern günstiger gestaltet, als der frühe Eintritt der milderen Witterung nicht nur die Draußen-Arbeiten an den öffentlichen Arbeitsstellen erleichtert, sondern auch schon den Beginn der Feldarbeiten gestattet auch die Eröffnung der Schifffahrt, neben der rechtzeitigen Zufuhr an Saat- und Brod-Getreide wie Kartoffeln, der Arbeiterklasse in den Handelsstädten vermehrte Erwerbs-Gelegenheit gewährt hat. In den Preisen des Getreides ist in Folge der vermehrten Zufuhr neuerdings ein Sinken eingetreten. Auch im Preise der Kartoffeln zeigt sich schon mehrfach, wo stärkere Zufuhren bereits stattgefunden haben, ein mäßiger Rückgang. Ein Mangel an Lebensmitteln steht nirgend zu erwarten.

Die Chausseebauten gelangen nun mehr und mehr zu einem energischeren Betriebe und die dabei beschäftigten Arbeiter bei der längeren Arbeitszeit und günstigeren Witterung zu einem besseren Verdienst, der sich bei den Akkord-Arbeiten nicht selten auf 10 bis 15 Sgr pro Tag stellt. Nicht nur sind mehrere Chausseebauten inzwischen neu in Angriff genommen, sondern es haben auch die bereits früher begonnenen einen erweiterten Betrieb gestattet. Der Angriff weiterer Chausseebauten steht in nächster Zeit zu erwarten.

Ferner werden die Arbeiten an der Ostpreußischen Südbahn im Kreise Rastenburg jetzt in ausgedehntem Umfange betrieben. Für die Verpflegung der Arbeiter werden überall, soweit erforderlich, die nöthigen Vorkehrungen getroffen.

Auch die landwirthschaftlichen Meliorationen sind in lebhaften Gang gekommen.

Nach den uns vorliegenden Nachrichten sind auf den durch den Staat, die Kreise und Gemeinden eingerichteten resp. durch Staatsvorschüsse ins Leben gerufenen Arbeitsstellen zur Zeit 19—20,000 Arbeiter beschäftigt.

Für die Beschäftigung der Frauen durch Spinnen und ähnliche Handarbeiten, wofür der Verdienst großentheils in Lebensmitteln gewährt wird, sorgt der Hülfsverein für Ostpreußen fortwährend in ausgedehntem Maße.

Der Gesundheitszustand gestaltet sich allmälig, wenn auch nicht überall gleichmäßig, besser, und ist insbesondere der Typhus, wenngleich er noch in mehreren Ortschaften, namentlich in den Kreisen Wehlau und Fischhausen, neu aufgetreten und in anderen, besonders den Städten Mehlsack, Wormditt und Zinten, noch von einiger Erheblichkeit ist, im Ganzen im Abnehmen begriffen.

Im Reichstage

sind vor den Osterferien noch eine Reihe wichtiger Vorlagen erledigt worden.

Der Vertrag mit Nordamerika über die Staatsangehörigkeit der Ein- und Auswanderer kam am 2. April zur Berathung.

Graf Bismarck bezeichnete als Hauptzweck dieses Vertrags: diejenigen Auswanderer, welche die Heimath mit der Absicht verlassen haben, ihren dauernden Aufenthalt in Amerika zu nehmen, bei der etwaigen Rückkehr von der nachträglichen Erfüllung der Militairpflicht im Norddeutschen Bunde zu befreien. Ein fünfjähriger Aufenthalt in Nordamerika soll diese Wirkung haben.

»Wir wollen den, der im guten Glauben auswandert, nicht hindern, und wer im guten Glauben, d. h. nicht blos sichtlich auf kurze Zeit, um sich der Pflichten gegen das Vaterland zu entziehen, auswandert, den wollen wir nicht hindern, amerikanischer Bürger zu werden.«

Die Annahme des Vertrages erfolgte mit fast allen Stimmen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Unterstützung der bedürftigen Familien zum Dienst einberufener Mannschaften der Ersatzreserve, wurde am 3. April einstimmig angenommen, eben so die Postverträge mit Oesterreich, Norwegen, den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, den Süddeutschen Staaten und Luxemburg, durch welche sehr erhebliche Herabsetzungen des Briefportos und sonstige Erleichterungen des Verkehrs mit Waaren, Drucksachen u. s. w. erzielt sind.

Der Reichstag beschäftigte sich ferner mit mehreren Anträgen, die von Abgeordneten gestellt waren.